

Wartenberg will mehr blitzen

Stundenkontingent steigt um 50 Prozent - Knappes Ratsvotum

VON MARKUS SCHWARZKUGLER

Wartenberg - 14 Messstellen für den fließenden Verkehr gibt es in der Marktgemeinde Wartenberg. Über die Mitgliedschaft im Zweckverband Kommunale Verkehrsüberwachung Südostbayern wird derzeit 16 Stunden im Monat geblitzt. Da für jede Messstelle allerdings zwei Stunden benötigt werden, macht das gerade mal acht Standorte monatlich. So manchem Bürger ist das zu wenig. Nun hat der Marktrat beschlossen, die Überwachung um 50 Prozent, also weitere acht Stunden, auszubauen. Das Votum dazu fiel jedoch mit 9:8 Stimmen denkbar knapp aus.

Die Kosten für jede Messstunde betragen 120 Euro, entsprechend müsste der Markt künftig 960 Euro mehr pro Monat berappen. Hinzu kommen pro Verstoß vier Euro Fallpauschale.

Bürgermeister Christian Pröbst (CSU) sprach unter anderem die Thenner Straße an. Dass dort jemand kürzlich 130 statt der erlaubten 50 km/h gefahren war, „ist absolut pervers“, meinte Melanie Falzetta (Grüne), die sich deshalb für die Kontingenterhöhung aussprach. „Die Sicherheit der Bürger steht im Fokus“, ergänzte Nina Hieronymus (CSU).

„Qualität vor Quantität“, so lautet dagegen die Devise von Josef Sedlmaier (CSU), der einmal mehr für „intelligentes Blitzen“ plädierte, und zwar verstärkt an neuralgischen Punkten wie den Kindergärten oder der Thenner Straße. Blitzer sollten besser versteckt werden und nicht eine halbe Stunde zum Aufbauen benötigen. Sonst würden sie schon im Radio mitgeteilt, bevor überhaupt geblitzt werde, so Sedlmaier.

Auch CSU-Fraktionschef Franz Gerstner sprach sich gegen eine Erhöhung aus. Er verglich die Jahre 2019 und 2020 und stellte dabei einen Rückgang der Vergehen um 75 Prozent fest. „Es funktioniert schon“, so sein Fazit.

Laut Gemeindeverwaltung soll die Messung künftig maximal nur noch eineinhalb statt zwei Stunden pro Standort in Anspruch nehmen. Pröbst teilte außerdem mit, dass die jüngst beschlossene Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h in Manhartsdorf Süd nicht umgesetzt werden könne. Die Erdinger Polizei habe eine negative Stellungnahme dazu abgegeben.